

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

C/O

BAG SHI
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Moselstraße 25
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-27 22 08 98
Fax: 069-27 22 08 97
Email: bagshi-frankfurt@web.de

Rede auf der Kundgebung vor der Werkstatt Frankfurt am 02. April 2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte heute im Auftrag des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne unsere Solidarität mit den Beschäftigten der Werkstatt Frankfurt bekunden, die nach den Beschlüssen der Betriebsleitung von Kündigung und Arbeitslosigkeit akut bedroht sind.

Das Rhein-Main-Bündnis hat sich Ende 2002 auf lokaler/regionaler Ebene zusammengeschlossen, um gegen die Umsetzung des „Hartz-Konzepts“ mobil zu machen. Die Pläne zum Abbau von MitarbeiterInnen in den Bereichen Bildung und Sozialarbeit bei den Frankfurter Beschäftigungsgesellschaften sind nichts anderes als die Vorboten des vierten „Hartzgesetzes“.

Dieses Gesetz führt zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und zur Zusammenführung aller erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen in einem Leistungssystem,

- dass die Existenz nicht einmal auf dem Niveau der heutigen Sozialhilfe sichert und faktisch der Fall in die Armut bedeutet,
- dass in Fortsetzung der „Hartzgesetze“ I und II die Rechtsposition von Leistungsberechtigten weiter aushöhlt und sie somit der Willkür auf den Ämtern hilflos ausliefert,
- dass Langzeitarbeitslose unfreiwillig in gemeinnützige und übelst bezahlte Arbeitsgelegenheiten drängt und sie im Sinne des Kapitals als Lohndrucker missbraucht.

Mit den „Hartzgesetzen“ werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen jeglichen Anspruchs beraubt:

- Sie werden in Zukunft als Ermessensleistungen gewährt, d.h. Erwerbslose haben keinerlei Rechtsanspruch darauf. Sie werden nach der jeweiligen Kassenlage vergeben, oder sie fallen einfach unter den Tisch, wenn das Geld dafür fehlt.
- Die Maßnahmen werden unter den Vorgaben des neuen Leistungsrechts (SGB II) künftig kaum noch den bisherigen Ansprüchen bezüglich der Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitslosen genügen können und den Betroffenen keinerlei Perspektiven auf einen regulären Job mehr eröffnen.
- Die kommunale Beschäftigungspolitik verkommt völlig zu einem Zwangsdienst für Arbeitslose, der zum Ziel hat, kommunale und öffentliche Dienste mit Hilfe von billigen Arbeitskräften aufrecht zu halten, weil sich Kommunen und öffentliche Fürsorge keine tariflich entlohnten Beschäftigten mehr leisten können.

Schon heute – das muss kritisch angemerkt werden – wird die Arbeit von Beschäftigungsgesellschaften nicht selten als Disziplinierungsinstrument der Arbeitsverwaltung missbraucht. Aus diesem Grund fordern wir die Freiwilligkeit von Maßnahmen, damit sie auch denjenigen zugute kommen, denen sie berufliche Chancen eröffnen. Diese Wahlfreiheit wäre gleichzeitig das beste Instrument zur Sicherung der Qualitätsstandards von Einrichtungen. Gleichzeitig muss die Finanzierung der Sozialarbeit, Betreuung und Schulung in diesen Betrieben auf ein sicheres Fundament gestellt werden. Auch Ihr habt als Mitarbeiter ein Recht darauf, euren Beruf so auszuüben, wie das eure Qualifikation und der eigene Anspruch gebietet. Repressive Vorgaben der Betriebsleitung und die ständige Angst um den eigenen Arbeitsplatz schaffen ein katastrophales Betriebsklima.

Deshalb unterstützen wir die Forderungen des Betriebsrats der Werkstadt Frankfurt an die verantwortlichen PolitikerInnen der Stadt,

- betriebsbedingte Kündigungen wirksam zu verhindern,
- die Beschäftigungsförderung in Zukunft auf der Grundlage existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse sicher zu stellen
- und sich den Unzumutbarkeiten der „Hartzgesetze“ und der Wiedereinführung von Pflichtarbeit entgegenzustellen

Das Rhein-Main-Bündnis ist für die sofortige Rücknahme der „Hartzgesetze“ und der Agenda 2010. Seit gut einem Jahr erleben wir einen beispiellosen Abbau der sozialen Sicherung in diesem Land und die Abschaffung lange erkämpfter Rechte von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen.

Die rot-grüne Bundesregierung exekutiert das Programm, das vor gut zehn Jahren von den Arbeitgeberverbänden aufgestellt wurde. Deren Ziel ist nunmehr die Senkung des Lohnniveaus in der Bundesrepublik um 30 Prozent mit Hilfe der folgenden Mittel:

- Runter mit dem Leistungssystem und mit der Finanzierung öffentlicher Fürsorge und Bildung, damit weitere Steuerentlastungen für Konzerne und Vermögende finanziert werden können.
- Raus aus der paritätischen Sozialversicherung damit die Lohnkosten (und damit die Löhne) sinken und die Profite weiter steigen können.
- Rein in das „workfare-System“ damit Arbeitslose als Lohndrücker in jede Arbeit zu jedem Preis gezwungen werden können.
- Und schließlich das Rückfahren von ArbeitnehmerInnenrechten bei gleichzeitigem Hochfahren der Arbeitszeit, damit die Beschäftigten künftig noch profitabler ausgebeutet werden können.

Die Agenda 2010 ist das Programm, mit dem die Regierenden in Europa die Europäische Union in den nächsten sechs Jahren zur führenden Weltmacht in den Bereichen Wirtschaft und Bildung machen wollen. Deshalb wird überall in der Union nach dem gleichen Muster eine Politik des massiven Sozialkahlschlags betrieben.

Wir sehen dagegen keine Zukunft im internationalen Lohn- und Sozialdumping, sondern im internationalen Zusammenschluss und gemeinsamen Widerstand der Arbeitenden und Erwerbslosen, der RentnerInnen, SchülerInnen und Studierenden aller Nationalitäten

Wir fordern:

- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung, ausreichende Mindestrenten, und einen freien Zugang zur Bildung,
- gesetzliche Mindestlöhne, die zum Leben reichen und ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- sowie die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer!

Weg mit der Agenda, stoppt die „Hartzgesetze“!

Dafür lasst uns morgen am europaweiten Aktionstag gegen Sozialabbau in Berlin, Stuttgart und Köln gemeinsam gegen die Politik der Bundesregierung und des Kapitals demonstrieren.

Darüber hinaus brauchen wir eine langfristige Perspektive für den Widerstand, um uns gemeinsam gegen die kommenden Angriffe auf unsere Existenz und unsere Rechte zur Wehr zu setzen.

Deshalb brauchen wir **regionale und lokale Bündnisse** von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen/Sozialhilfebeziehenden, RentnerInnen und Studierenden, Kranken, Behinderten, MigrantInnen und all denen, die genug haben von Sozialabbau und Billiglöhnen. Nur mit einer langfristig angelegten Strategie eines solidarischen und praxisorientierten Widerstandes „von unten“, können wir der vorherrschenden Politik etwas entgegensetzen.

Frank Jäger

Das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Club Voltarie (Sitzungsraum 2. OG), Kleine Hochstraße 5, Ffm